



An den

**Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung
und Energie**

und Stellvertretenden Ministerpräsidenten

**Herrn Hubert Aiwanger, MdL
Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft,
Landesentwicklung und Energie**

**Postanschrift: 80525 München
Prinzregentenstraße 28,**

80538 München

Betr.: PHotovoltaik, 52 GW Deckel

Stuttgart, 30.3.2020

Sehr geehrter Herr Staatsminister,

in der Pressemitteilung Nr. 385/19 vom 28.11.2019 fordern Sie: „Der 52-GW-Deckel ist ein Relikt aus alten Förderzeiten und muss schnellstens abgeschafft werden“.

Im Klimaschutzprogramm 2030 der Bundesregierung zur Umsetzung des Klimaschutzplans 2050 kann man auf Seite 38 lesen: „Der derzeit noch bestehende Deckel von 52 GW für die Förderung des Ausbaus von PV-Anlagen wird aufgehoben.“

Die Bundesregierung hat am 6.11.2019 ihre Halbzeitbilanz bezüglich der Umsetzung des Koalitionsvertrages und der darin enthaltenen Vorhaben vorgelegt. Auf dem 83-seitigen Dokument werden die verschiedenen erreichten Ziele und weitere Vorhaben aufgelistet. Unter dem Punkt „Energie – Was wir noch vorhaben“ (Seite 38) wird weiterhin die Abschaffung des PV-Deckels aufgeführt.

Der Bundesrat stellt „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes“ vom 18.11.2019 wird unter

II. Wesentlicher Inhalt fest:

„Um den absehbaren Markteinbruch bei der Neu-Installation von Photovoltaik im Segment bis 750 kWp abzuwenden, soll der 52 GW-Deckel vor dessen Erreichung ersatzlos gestrichen werden. Dies hat zur Folge, dass die bereits geltenden Regelungen des EEG unverändert weiter gelten und eine Vergütung nach dem EEG für Photovoltaik-Anlagen im Segment bis 750 kWp, die nicht an der Ausschreibung teilnehmen, weiter in Anspruch genommen werden kann.“ Auch Bayern hat diesem Gesetzesentwurf zugestimmt.

Am 11.3. 2020 fordert Ministerpräsident Söder ein Gesamtkonzept für die Stromerzeugung in Deutschland. Er führt u.a. aus: „Deswegen braucht der Süden eine energiepolitische Perspektive jenseits des Windes im Norden. Bei der Photovoltaik wollen wir eine große Solaroffensive starten und die Zahl der Großanlagen massiv ausbauen“. Wie kann der Ministerpräsident eine Solaroffensive umsetzen, wenn mit dem Erreichen des 52 GW Deckels der Ausbau von PV Anlagen massiv ausgebremst wird?

Eine Äußerung des wirtschaftspolitischen Sprechers der Unionsfraktion im Bundestag, Joachim Pfeiffer (CDU), lässt aufhorchen: So sagte Herr Pfeiffer gegenüber der dpa: „Die Aufhebung des Solardeckels ist Teil eines energiepolitischen Gesamtpakets. Zu dem Paket gehören auch ein Kohleausstiegsgesetz, das die Empfehlungen der Kohlekommission 1:1 umsetzt, die Strompreisentlastungen der Industrie und die Wind-Abstandregelungen. [...] Erst dann kann auch zeitnah im Kabinett ein umfassendes Paket verabschiedet werden. Rosinenpickerei gibt es mit uns nicht.“

Nach Abschaltung der letzten Atomkraftwerke wird eine alternative Stromerzeugung sehr wichtig. Frau Professor Kemfert stellt in einem Interview am 29. 3. 2020 fest: „Unter den jetzigen Rahmenbedingungen laufen wir sehenden Auges in eine Ökostrom- und Versorgungslücke.“ Können Sie das als Wirtschafts- und Energieminister zulassen?

Wie möchte Bayern seine Energieziele nach Abschaltung der Atomenergie erreichen, wenn der Solarstrom ausgebremst wird?

Ministerpräsident Söder hat immer betont, dass der Ausbau der Solarenergie für die Erreichung der energiepolitischen Ziele Bayerns von großer Bedeutung ist. Können der Ministerpräsident und die bayrische Regierung es zulassen, dass der wirtschaftspolitische Flügel der CDU die Erreichung der Ausbauziele der Erneuerbaren Energien in Bayern verhindert? Kann der wirtschaftspolitische Flügel der CDU Beschlüsse des Bundesrates ausbremsen? Können einzelne Mitglieder der CDU ein verfassungsmäßiges Organ wie den Bundesrat ausbremsen

Aktueller Stand zum PV-Deckel Ende Januar 2020:

Im Januar 2020 sind bisher nach Mitteilung der BNetzA PV-Anlagen nach § 49 Absatz 5 EEG mit einer Leistung von 334,6 MW neu gemeldet worden. Die gesamte installierte PV-Leistung beläuft sich danach Ende Januar 2020 auf 49.425 MW. Damit könnten nach aktuellem Stand noch neue PV-Anlagen mit einer Leistung von 2.575 MW neu angemeldet werden, bis der Deckel von 52 GW erreicht ist. Es bleibt nicht mehr viel Zeit, um die Gesetzesvorlage umzusetzen. Der Wirtschaftsflügel der CDU spielt auf Zeit und hofft, die Corona Krise taktisch auszunutzen zu können.

Der parlamentarischer Staatssekretär Herr Thomas Bareiß, schrieb am 14.3.2020 auf Twitter:
„Nur weil hier immer noch manche glauben, dass der [#Solardeckel](#) oder die [#Windabstand](#)
Regelung die dringendsten Problem sind: Wir haben gerade noch ein paar andere drängendere
Themen zu bewältigen, die unser ganzes Land betreffen!! [#coronavirus](#)“

Kann die bayrische Staatsregierung dieser Taktik tatenlos zusehen?

Die Corona Krise hat gezeigt, dass die Politik schnell handeln kann und dass sie auf
Wissenschaftler hört und dass sie lernfähig ist, z. B. hat sie gelernt dass exponentielle Kurven
abflachen muss. Das gilt auch für die drohende Klimakatastrophe. Auch in diesem Falle muss
man die Kurven abflachen, z. B. durch einen massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien.

Eine Blockade wird in naher Zukunft zur nächsten unumgänglichen politischen
Ausnahmesituation führen.

Mit freundlichen Grüßen

i.V. Manfred Niess

Koordinator, Klima – und Umweltbündnis Stuttgart

Kernerstr. 22B

70182 Stuttgart

Tel.: 0711 29 70 82

www.kus-stuttgart.de

